

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Nr. 310

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Moise in Berlin.

Die Erklärungen der Botschafter bei Curzon.

Geringe Antwortbereitschaft Poincarés. Unzufriedene Stimmung in England. Kein Fortschritt in den Besprechungen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 4. Juli.
Der gestrige Besuch des belgischen Botschafters, Baron Mouchout bei Lord Curzon hat über eine Stunde gedauert. Etwas länger war der Besuch des Grafen St. Aulaire. Das Ergebnis der Unterredung wird von Curzon im heutigen Kabinettsrat mitgeteilt werden. Eine schriftliche Mitteilung wurde nicht übergeben; es scheint aber auch, daß die mündlichen Mitteilungen nicht so präzise und genau waren, als man dies englischerseits erwartete. Allen Anschein nach haben die beiden Botschafter nur allgemein gehende und ausweichende Antworten abgegeben. Deutlich ist die Bemühung der französischen Regierung, die Bedeutung der gestrigen Unterhaltung herabzusetzen. Sie wird immer wieder als „eine von vielen Unterhaltungen“ bezeichnet. So erfährt „Daily News“ auf der französischen Botschaft, man betrachte die gestrige Unterhaltung als eine einfache Fortsetzung der bisher geführten Diskussion. Aberio berichtet „Daily Mail“, daß der Besuch des Grafen St. Aulaire nur als „Gleich in der Art“ der bisherigen Besuche anzusehen sei; ähnlich drückt sich der „Daily Telegraph“ aus. Nach der „Daily Chronicle“ ist die Unterhaltung durchaus freundschaftlich verlaufen. Sie habe aber nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht. Dies ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß England diesmal eine klare und fest umrissene Antwort haben wollte. Der Eindruck, den die Morgenblätter von den gestrigen Unterhaltungen haben, ist bisher ziemlich pessimistisch, wenn man auch die Hoffnung auf eine Einigung nicht aufgegeben hat und wenn sich auch die Blätter im Interesse der Verhandlungsumgebung einer scharfen Kritik enthalten. Allgemein wird betont, daß die Unterhaltung fortgesetzt werde, obwohl sich auch das aus den Verhandlungen mit Deutschland bekannte Wort von der „offenen Tür“ wiederfindet. Inhaltlich dürfte der Teil der französischen Äußerungen an internationaler Seite die Besatzung, daß die künftige Verwaltung des Ruhrgebietes sich nach dem Verhalten der Bevölkerung und der deutschen Regierung richten müsse. Die englische Regierung bekennt sich strengstens Stillzuschweigen. Trotzdem sind eine Reihe Einzelheiten durchgedrungen, wobei „Times“ und „Daily Telegraph“ als glaubwürdigste Quellen angesehen werden können. Nach der „Times“ habe der belgische Botschafter auseinandergesetzt, daß eine baldige Konferenz zwischen Frankreich, England und Belgien wünschenswert sei. Auf dieser Konferenz soll eine offene Diskussion geführt werden. Vorbedingung der Konferenz, sowie jeder Prüfung der deutschen Vorschläge sei aber die Einstellung des passiven Widerstandes. Es sei ausgeprochen die Absicht der belgischen Regierung, eine Verständigung zwischen England und Frankreich in die Wege zu leiten. In ganz allgemeinen Ausdrücken sind die Mitteilungen der „Times“ über den Besuch des Grafen St. Aulaire gehalten. Die Unterredung mit dem Grafen St. Aulaire haben nach der „Times“ auf den Anzeigenberichten beruht, die Poincaré zu diesem Zwecke dem Befragten mitgegeben habe. Die Ausfaltung gewisser technischer Schwierigkeiten vor Beginn der Unterredung haben auf beiden Seiten herrschenden Wunsch gezeigt, die Auseinandersetzungen zu erleichtern. Vielleicht stelle, so schreiben die „Times“, der Inhalt der Antwort einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem dar, was bisher bekannt geworden sei. Aber die Tatsache, daß die Lage jetzt klarer sei, werde es der englischen Regierung erleichtern, ihre Politik fest zu umschreiben. Zweifellos würden die Unterredungen bald fortgesetzt werden.

Sehr ausführlich befaßt sich der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mit der gestrigen Besprechung. Auch hier ist zu lesen, daß es zweifelhaft ist, ob irgendein Fortschritt in bezug auf die Lösung der Spannung erreicht worden sei. „Unterhaltung, nichts weiter“, habe man in englischen Kreisen gesagt. Der Graf St. Aulaire habe Lord Curzon nicht einmal das erwartete Aide-memoire ausgehändigt. Die Unterhaltung sei in der Tat weit davon entfernt gewesen, auch nur als eine ebdungliche mündliche Antwort auf den englischen Fragebogen angesehen werden zu können. Man sagt, Poincaré sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Lage weder die Erteilung einer informativischen, noch einer schriftlichen Antwort rechtfertigt. Wenn man in dieser Beziehung einen Druck aus London ausübe, so könne er vielleicht aus Sölltlichkeitsgründen zu einer solchen Antwort bereit sein, wobei er es aber als höchst zweifelhaft bezeichnen würde, ob dies nützlich sei. Beim Ende der Unterredung habe Lord Curzon, der sichtbar enttäuscht über die Ungenauigkeit mancher der mündlichen Erklärungen gewesen sei, den Botschafter gebeten, weitere und genauere Auskünfte über gewisse Fragen einzuholen. Dies dürfte, schreibt der diplomatische Korrespondent, den Alliierten nicht missfallen, die keineswegs gegen häufige und in die Länge gezogene Unterhaltungen seien. In der Tat sei es die Ansicht der Alliierten, daß die gestrige Unterredung keineswegs als endgültig und entscheidend zu betrachten sei, sondern vielmehr als eine Unterhaltung in der Art der früheren Unterredung beizubehalten. Man habe französischerseits sogar ausgeführt, daß die eine oder andere Frage Lord Curzons bereits in einer früheren Unterredung beantwortet worden sei. Dies ist aber nicht die Ansicht Baldwin's, der neulich im Unterhaus erklärte, daß er eine Antwort sehr bedauerlich wäre. Die englische Ansicht, daß eine solche Antwort nötig sei, schreibt der Korrespondent, sei gewiß eine ganz andere als die französische Ansicht. Allerdings habe der französische Botschafter schon früher erklärt, daß die französische Regierung unter

Aufgabe des passiven Widerstandes die Zurückziehung der Anordnungen der deutschen Regierung verleihe. Es sei auch anzunehmen, daß Poincaré Lord Curzon gelagt habe, daß das französische Memorandum vom Januar betreffend Frankreichs Geldforderungen sein letztes Wort sei. Man glaube, daß der französische Botschafter gestern etwas genauere Angaben über die Reparationen und die interalliierten Schulden gemacht habe, dagegen habe Poincaré seine Ansicht über das deutsche Moratorium kaum oder überhaupt nicht geändert. Es sei anzunehmen, daß Lord Curzon sich gestern besonders für die stoffliche Räumung des Ruhrgebietes und die Wende der Besatzungsregimes interessiert habe. Die englische Regierung habe hierzu genaue Angaben gewünscht über die „unfähige militärische Besatzung“, den Zeitpunkt und die Staffeln der Räumung und über das neue zivile und wirtschaftliche Regime, falls der passive Widerstand aufgegeben werde. Man habe den Eindruck, daß der Graf St. Aulaire hierüber nichts habe aussagen können. Wohl habe er über die künftige Besetzung sprechen können, die sich nach dem Verhalten Deutschlands richten werde und demnach entweder verhängt oder erleichtert werden konnte. Es sei aber ganz unmöglich gewesen, etwas über die Räumungsfrist zu erfahren. Weiter er sei festgestellt worden, daß die Räumung nur nach voller Bezahlung der deutschen Schulden erfolgen solle. Zweifellos habe Lord Curzon hierauf erwidert: **Dann werde die Besetzung niemals aufhören.**

Der Korrespondent teilt ferner mit, woher der belgische nach der französischen Botschafter hätten Vorschläge über eine baldige interalliierte Konferenz oder über eine Zusammenkunft der Premierminister unterbreitet. Augencheinlich habe die belgische Regierung durch Baron Mouchout ihre Ansichten bezüglich der beiden ersten Fragen des englischen Fragebogens unterbreitet. 1. Was nämlich unter der Aufgabe des passiven Widerstandes zu verstehen sei; 2. welche Veränderung in der Besetzung in diesem Falle eintreten würde. Hierbei habe der englische Botschafter in rein informativischer Weise geantwortet, ohne irgendein Dokument zur Verfügung zu stellen.

Fortdauer der „Mißverständnisse.“ (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 4. Juli.
In einem sehr interessanten Artikel erklärt die „Journée Industrielle“, daß die fundamentalen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England durch offiziöse Berühmungsnoten und Feststellungen über die freundschaftliche Form der Verhandlungen nicht aus der Welt geschafft werden können. Der englische Handel sei aufs schwerste gestört. Das Land habe unter der Wirtschaftskrise zu leiden und das englische Publikum glaube den Grund für die allgemeine Depression in der Besetzung des Ruhrgebietes zu erkennen. Man könne anderer Ansicht sein, aber man dürfe nicht bestreiten, daß alle Wirtschaftsemer des Auslandes die englische Aufstellung befähigen. Mit dieser Tatsache müsse die Diplomatie rechnen. Frankreich würde einen schweren Fehler begehen, wenn es den ersten Schritt zum Auseinandergehen machte. Falls der Versuch unermesslich sei, dürfe unter keinen Umständen Frankreich dafür die Verantwortung übernehmen. Die Aufgabe Frankreichs sei es, sich nach Möglichkeit den Anschauungen Englands anzunähern und die wirtschaftliche Schwierigkeit dieses Landes mit Verständnis zu würdigen. Leider sei die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen immer die schwache Seite Poincarés gewesen. Wenn es zu spät wäre, in dieser Hinsicht noch Abhilfe zu schaffen, dann würden die ersten Beziehungen zwischen Frankreich und England auf eine ernste Probe gestellt werden. Das Organ der französischen Gohandlung ist also, wie heute die meisten Zeitungen für eine Verständigung mit England und geht sogar soweit, eine Mäßigung der französischen Forderungen zu empfehlen, allerdings in einer sehr vorzichtigen Form. In einem Aufsatz des „Matin“ wird die Situation etwas anders angesehen. Hier wird der Unterschied zwischen zwei Aufgaben der jetzigen Verhandlung gemacht. Wenn England dazu bereit sei, die Anforderung zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu unterstützen, dann könnte Frankreich sofort in einer schriftlichen Antwort zu erkennen geben, was es unter der Kapitulation Deutschlands verstehe. Wenn aber über die Reparationsfrage im allgemeinen verhandelt werden solle, sei eine schriftliche Antwort unmöglich.

Kuntius Pacelli beim Reichstanzler. Unterredung über die Sabotageakte im Ruhrgebiet.

Kuntius Pacelli, der gestern abend aus München in Berlin eingetroffen war, stattete heute vormittag dem Reichstanzler Dr. Cuno einen Besuch ab. In dieser Unterhaltung wurde, wie zu erwarten, über die im Ruhrgebiet verübten Sabotageakte sowie über das Telegramm des Papstes gesprochen. Die Aussprache war nur von kurzer Dauer und wird fortgesetzt werden.

Nachdem der Reichstanzler gestern die Führer der Deutschnationalen zu einer Aussprache über die parlamentarischen Dispositionen und insbesondere über die Frage einer eventuellen außenpolitischen Debatte empfangen hatte, wurde die Aussprache heute vormittag in einer Besprechung des Kanzlers mit den Sozialdemokraten fortgesetzt. Heute nachmittag empfängt Dr. Cuno die Führer der übrigen Parteien. Er ist kaum anzunehmen, daß noch eine außenpolitische Debatte im Reichstag stattfinden wird.

Die falsche Methode. Nach der Duisburger Explosion. — Die Bilanz der Blutopfer. — Die Ruhrbevölkerung durchwegs gegen Sabotage und gegen Saboteure. Telegramm unseres Sonderkorrespondenten Paul Scheffer.

Der nachfolgende Artikel ist vor der Stellungnahme des Papstes zu den Duisburger Vorgängen geschrieben. Wir haben stets denselben Standpunkt eingenommen, seit durch einzelne von außen in das Ruhrgebiet hineingetragene Sabotageakte der entlassene passive Widerstand der Ruhrbevölkerung gefordert wurde. Es wird die Aufgabe der Reichsregierung und aller ihr untergeordneten Reichsstellen sein, weitere für die deutsche Sache so gefährliche Störungen und Unbilligkeiten zu verhindern, soweit das in ihren Kräften liegt.
Die Redaktion.

Im Ruhrgebiet, 3. Juli.
Nach dem schrecklichen Vorfall auf der Duisburger Rheinbrücke sind sofort die schärfsten Sanktionen verhängt worden, ohne daß feststand, ob es sich um ein bloßes Unglück oder ein Attentat handelt. Daß Erlauben derer gefährliche Spielereien mitnehmen, ist eine Tatsache, die aus dem Kriege bekannt ist. Vielleicht weiß die belgische Staatsanwaltschaft mehr, als sie sagt. Was bisher mitgeteilt worden ist, beweist nur nicht, daß das Ereignis, das so prompt mit den schärfsten Repressalien beantwortet wurde, von den Deutschen herbeigeführt worden ist.

Auf Seiten der Belgier ist die Entrüstung sehr groß und sicher auch aufrichtig. Aber es muß daran erinnert werden, vor diese namenlos schwere Situation heraufbeschworen hat, und auf welcher Seite bisher mehr Blut geflossen ist. Es muß auch daran erinnert werden, unter welchen schrecklichen Umständen fünf Deutsche und ein Schweizer in Dortmund vollkommen unschuldig ihr Leben eingebüßt haben, daß noch in der letzten Nacht zwei Deutsche in Buer von Belgiern ohne weiteres erschossen worden sind, daß die Zahl der Opfer in dieser besonders schwer heimgesuchten, von Belgiern besetzten Stadt allein in der letzten Woche neun betragen hat. Dann ist da das Unglück bei Krupp am Sonnabend vor Ostern, auch mit den gleichen Opfern.

Das ließe sich weiter ausführen. Wir sprechen nur davon, damit die auf der Gegenseite, die jetzt voller Entrüstung sind, ein wenig sich auf die Empfindungen derer besinnen, die vor ihnen schon oft in der gleichen Stimmung gewesen sind. Wir haben schon im März gelegentlich der ersten, damals nicht gegen Menschenleben gerichteten Sabotageakte gesagt, daß wir die Vermengung heimlicher Gewalttaten mit der reinen und klaren Sache des passiven Widerstandes für die falsche Methode, für ein Unglück und für eine schwere Gefahr halten. Es gibt jetzt mehr als je Gründe, bei dieser Ansicht zu bleiben. Aber inzwischen hat das Vorgehen der Belagerten und anderer Faktoren der fremden Gewaltpolitik überall im Ruhrgebiet und im übrigen Deutschland noch mehr Sprengstoff angehäuft. Die Provokationen sind enorm geworden und es ist zu befürchten, daß die hohen Herren innerhalb und außerhalb ihres Operationsgebietes sich keineswegs volle Rechenschaft darüber geben, was alles unter ihnen passiert. Man könnte verzweifeln, den Gang der Dinge, auf den das Duisburger Attentat weist, als naturnotwendig ansehen und es unermesslich finden, daß die verhaltene und immer wieder angefüllte Spannung sich in solchen Explosionen entlädt.

Aber einen solchen Gedankengang nachgehen, siehe die gute Sache selbst aufgeben, gerade in dem Augenblick, in dem sie anfängt, ihre guten Früchte zu bringen. Wir wollen für diejenigen, die den schweren Ruhrkampf rein geistlich nach dem Motto „Aug um Auge, Zahn um Zahn“ betrachten, ganz nützliche Argumente bringen, und sie mit ihren eigenen Waffen schlagen. Was nicht ein Blutbad, was das nächste in dem Urausgang, technisch? Der Materialschaden ist unbedeutend. Auch wenn die Explosion auf der Brücke geschehen wäre, wäre die Wirkung kaum bedeutender gewesen. Was haben bisher die Operationen im Ruhrgebiet für Erfolge gebracht? Von irgendeinem nennenswerten Erfolg kann man überhaupt nicht reden. Daß der Verlust von 50 Menschenleben für die belgische Armee etwas bedeutet, wird niemand behaupten wollen, aber um so mehr für die Sicherheit größerer Kreise der einheimischen Bevölkerung in Ghien, Buer und so fort. Im Gegensatz zu den unerhörten Schweißleiden lethargisch in Dortmund ist im Brückenort Duisburg die Disziplin und der Geist der Truppen bisher fast genug geblieben, um sich nicht in wilden Repräsentationen zu ergeben auf Kosten deutscher Menschenleben. Die Erregung in der belgischen Besatzung war aber außerordentlich. Ob sie sich Luft macht, hängt nur von Zufälligkeiten ab. Die Wiederholung eines solchen Attentats würde aber höchst wahrscheinlich zu den allergrößten Ereignissen führen. Kann irgend jemand bei einiger Vernunft über die eigenen Landsleute solche Katastrophen bringen wollen, nur um einige der verhassten Brüdner zu beseitigen?

In Mainz sind sieben Todesurteile ausgesprochen worden. Die französischen Gerichtsbehörden haben über viele der Sabotage beschuldigten Deutsche zu verhandelt. Sicher sind viele Unschuldige darunter. Die Lage aller dieser Personen wird ernstlich erfragt. Die Lage aller dieser überhaupt, die in der Hand dieser außerordentlichen gerichtliche befinden, wird unangenehm. Die Behandlung der Gefangenen wird darunter leiden. Die Schwere der Urteile, an sich schon im Steigen begriffen, noch